

**debatte****Im Interesse der Lobbyisten**

Die Bevölkerung ist in der Klimafrage weiter, als die Regierenden vorgeben. Es sind Interessengruppen, die einen konsequenten Klimaschutz verhindern

Man hört die These ständig: Die Rettung des Klimas sei leider nicht durchsetzbar. Die Wähler*innen würden Klimaschutz nur in homöopathischen Dosen akzeptieren. Die Politik ist demnach einsichtig, die Bevölkerung aber leider unwillig. Manchmal hört man sogar eine absurde Zuspitzung dieser These: Klimaschutz lasse sich nur in einer Diktatur durchsetzen. Doch die These ist doppelt falsch.

Die Bevölkerung ist erstens beim Klimaschutz weiter als die Politik. In Umfragen fordert eine klare Mehrheit mehr Tempo. Zweitens ist es scheinheilig, wenn Bundesregierung und Landesregierungen behaupten, sie würden nichts gegen den Willen der Bevölkerung beschließen. Tatsächlich hört die Politik oft mehr auf mächtige Lobbys als auf die Bürgerinnen und Bürger – auch beim Klima. Die Umfragen zeigten einen eindeutigen

*Politische Entscheidungen sind so komplex, dass Wähler*innen nicht merken, wenn gegen ihre Interessen entschieden wird*

Trend: bei der Wahlentscheidung beispielsweise lag die Sorge um das Klima auf Platz eins: In einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen nannten 46 Prozent der Befragten den Klimaschutz als das wichtigste Problem. Mit großem Abstand folgten Corona und die Rente. Kein Wunder, dass sich sogar Olaf Scholz, der einen konsequenten Klimaschutz vehement blockiert hatte, im Wahlkampf plötzlich als entschlossener Klimaschützer inszenierte – als Bundeskanzler werde er im ersten Jahr für Tempo sorgen, versprach er. Er hat erkannt, dass er seinen Wahlerfolg nicht mit zu viel Klimaschutz gefährdet, sondern mit zu wenig.

Bereits vor zwei Jahren war eine Mehrheit von 86 Prozent bereit, für Klimaschutz den eigenen Konsum deutlich einzuschränken. Diese Mehrheit gab es also schon, bevor in Deutschland fast 200 Menschen bei der Flutkatastrophe gestorben sind und in Griechenland eine Waldfläche von der Größe des Bodensees verbrannt. Die klaren Mehrheiten sind besonders erstaunlich, weil Medien bis heute nicht deutlich genug machen, wie brenzlich die Lage ist. Zu Recht hat die Coronakrise für mehrere Monate die Schlagzeilen beherrscht. Genauso sollte es längst bei der Klimakrise sein. Das ist fatal, denn Information bewirkt etwas. Ein Beispiel: Vor einigen Wochen haben sich beim „Bürgerrat Klima“ 160 Deutsche über Klimaschutz informiert. Sie waren per Losverfahren aus der Gesamtbevölkerung ausgewählt worden. Die 160 kamen am Ende zu dem Schluss, dass die Maßnahmen der Bundesregierung bei Weitem nicht ausreichen. Die Bürger*innen befürworteten mit klaren Mehrheiten viel entschiedener Aktionen.

Oft wird eingewendet: Warum setzen die Menschen Klimaschutz nicht einfach selbst um? Zeigen nicht die freien Entscheidungen der Einzelnen, dass sie nicht zu großen Verhaltensänderungen bereit sind? Nein, denn wir sind zum einen

nicht frei in unseren Entscheidungen. Das derzeitige Wirtschaftssystem zwingt uns umweltschädliches Verhalten geradezu auf. Ein Flug ist oft billiger als eine Bahnfahrt, eine neue Waschmaschine kostet weniger als die Reparatur der alten. Zum anderen sind viele Menschen erst dann bereit, etwas für die Gemeinschaft zu tun, wenn alle anderen mitmachen. Genau deshalb kommt auch keine Regierung auf die Idee, bloß höflich darum zu bitten, dass alle ihre Steuern zahlen, bei Rot nicht über die Ampel fahren oder sich an das Strafgesetzbuch halten. Wenn ein Verhalten für Einzelne Vorteile bringt, aber für die Gemeinschaft Nachteile, ist klar, dass es klare Regeln braucht, um schädlichen Egoismus einzudämmen.

Solche Regeln zu erlassen, ist der zentrale Auftrag jeder demokratischen Regierung. Das Grundgesetz formuliert es wundervoll: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt.“ Klimaschutzliches Verhalten verletzt massiv die Rechte anderer, vor allem die der Jüngeren. Doch die Bundesregierung hat das erst dann berücksichtigt, als sie vom Bundesverfassungsgericht dazu gezwungen wurde. Die bisherige Klimapolitik handelt also keineswegs im Interesse der Bevölkerung, sondern im Interesse mächtiger Lobbygruppen.

Dieses Muster ist nicht neu. Es zeigt sich beispielsweise, wenn Großunternehmen jahrelang Steuerschlupflöcher nutzen und die Bundesregierung wenig unternimmt, um sie zu stopfen. Es zeigt sich häufig bei Skandalen an den Finanzmärkten. Ein Beispiel sind die so genannten Cum-Ex-Geschäfte, bei denen Großinvestoren die Gemeinschaft jahrelang um Milliarden Euro betrogen haben. Als Medien den Skandal aufdeckten, wurde er nicht abgestellt, denn die große Koalition ließ sich ausgerechnet von der Bankenlobby beraten, wie man das Steuerschlupfloch schließen solle. Das Ergebnis: Der Betrug wird nur im Inland gestoppt, die Schlupflöcher über das Ausland lässt man offen.

Doch warum kommen Regierende mit einer Politik im Interesse mächtiger Lobbys durch? Viele politische Entscheidungen sind so komplex, dass die Wähler*innen nicht merken, wenn gegen ihre Interessen entschieden wird. Und wenn sie es merken, haben Regierende ein paar Ausreden parat: Man gibt der EU die Schuld. Man behauptet, es sei alternativlos. Oder man behauptet eben, die Bevölkerung wolle keinen Klimaschutz.

Die Lobbys sind nur stark, solange diese Nebelkerzen funktionieren, die Wähler*innen also nicht merken, dass da gerade gegen ihre eigenen Interessen entschieden wird. Darum sollten wir uns nicht täuschen lassen: Wer protestiert vehement gegen echten Klimaschutz? Nicht die Bürger*innen, sondern die Lobbyisten und PR-Agenturen, bezahlt von jenen, die das Klima in großem Stil kaputtmachen – zum Beispiel Gas- und Ölkonzern, für die ein immenser CO₂-Ausstoß deren Geschäftsmodell darstellt, oder Milliarden mit ihrem exzessiven Konsum. Das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung erzeugt 15 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen. Eine kleine, mächtige Gruppe hat das größte Interesse, echten Klimaschutz zu verhindern.



Malte Heynen arbeitet als Investigativer Journalist in Berlin. Er betreibt die Website www.freiblatt.de, die unter anderem den wachsenden Einfluss von Lobbyisten auf Politik und Medien analysiert. Vom Autor erschien das Buch „Der Raubzug der Banken“ (Blessing-Verlag 2012).

Dominic Johnson über den Abgeordnetenmord in Großbritannien

Lebensgefährliche Demokratie

Wieder ein Mord an einem Parlamentsabgeordneten, wieder steht Großbritannien unter Schock. Mit 17 Messerstichen in einer Kirche wurde David Amess, der konservative Abgeordnete für den Wahlkreis Southend West, von einem 25-jährigen Londoner somalischer Herkunft niedergestreckt. Vor über fünf Jahren wurde die Labour-Abgeordnete Jo Cox auf ähnlich brutale Weise getötet. Beide starben im Rahmen ihrer wöchentlichen Bürgersprechstunde – ein unverzichtbarer Teil der Wahlkreisarbeit.

Unterhausabgeordnete in Großbritannien sind exponierter als anderswo: Sie sind direkt gewählt, ihre Legitimation beziehen sie in erster Linie von ihren Wählern, nicht von ihrer Partei. David Amess saß 38 Jahre im Parlament, ohne je Minister zu werden – aus seiner Sicht kein Scheitern, sondern eine Bestätigung. Die Menschen im Wahlkreis standen für ihn an erster Stelle.

Cox fiel einem Neonazi zum Opfer, Amess einem mutmaßlichen Islamisten. Geheimdienste warnen schon seit einiger Zeit vor einem erhöhten Risiko neuen islamistischen Terrors. Der „Is-

lamische Staat“ hat sich teilweise reorganisiert, der Taliban-Sieg in Afghanistan hebt die Moral, die Radikalisierung im Netz nimmt in Zeiten der Corona-Lockdowns und der Internet-Verschwörungstheorien wieder zu. Aber welche Motive auch immer der Tat zugrunde liegen: Für Gewalttäter jeder Couleur sind Politiker ohne Personenschutz geradezu eine Einladung. Es erfordert großen Mut, als Person des öffentlichen Lebens ungeschützt in der Öffentlichkeit zu stehen. Das gilt nicht nur für Großbritannien. In Deutschland werden immer wieder Bürgermeister – öffentlich ähnlich bekannt wie Abgeordnete in Großbritannien – Anschlagziele.

Was kann man da tun? Politiker vor den Bürgern abzuschotten, ist in einer Demokratie nicht die Lösung: Wenn sich die Politik vor den Menschen verschließt, verschließen sich die Menschen vor der Politik, und das Gemeinwesen zerbricht. Aber wenn ein Mord wie der an David Amess möglich ist – dann ist ohnehin schon viel zerbrochen, was kein einzelner Politiker kitten kann.

der tag 2

Simone Schmollack über die Causa Gil Ofarim

Komplett überflüssig

Wurde der Musiker Gil Ofarim nun antisemitisch beleidigt oder nicht? Zwei Wochen nachdem der jüdische Künstler gegen einen Mitarbeiter eines Leipziger Hotels diesen Vorwurf erhoben hatte, weil dieser ihn dazu aufgefordert habe, sein Kettchen mit Davidstern einzupacken, scheint sich die Geschichte anders darzustellen. Medienberichten von Videoaufnahmen aus der Lobby, die zwar Ofarim zeigen – aber ohne besagte Kette mit Davidstern. Die ermittelnde Leipziger Polizei hat mittlerweile „ernstzunehmende Zweifel“ an den Schilderungen. Die *Zeit* berichtet, dass sich keine Zeugen für Ofarims Vorwurf der Diskriminierung finden lassen. Stattdessen habe sich eher der von Ofarim beschuldigte Hotelangestellte in einem Wortwechsel mit Ofarim, bei dem es offenbar nicht um die Kette ging, durch den Musiker beleidigt gefühlt und ihm deshalb Hausverbot erteilt.

Die gesamte Affäre ist zutiefst verstörend. Was ist wahr, was gelogen? Was wird verzerrt dargestellt? Letztendlich entscheidend ist aber: Hat der Fall Einfluss auf die Antisemitismus-

debatte hierzulande? Ist er kontraproduktiv, weil er rechte Kräfte mobilisiert, die sich durch den möglicherweise unberechtigten schweren Vorwurf bestärkt fühlen? Schaut man in die sozialen Netzwerke, wo aktuell eine heftige Welle der Entrüstung wegen der „nedeträchtigen Lüge“ und „böswilligen Unterstellungen“ gegen den Musiker läuft, erhärtet sich dieser Verdacht. Sollte es sich tatsächlich bewahrheiten, dass Ofarim die Vorwürfe erfunden hat, was sein Instagram-Video nicht nur ein fettes Eigentor, sondern vor allem ein Bärendienst im Kampf gegen Antisemitismus, Hetze, Hass.

Der Skandal lässt Assoziationen an das Model Gina-Lisa Lohfink aufkommen, die 2012 zwei Männer beschuldigt hatte, sie vergewaltigt zu haben, was sich im Laufe des Prozesses als Lüge entpuppte. Für den Feminismus ging das damals nach hinten los. Frauen, die Sexismus anprangerten, wurde die Glaubwürdigkeit abgesprochen. Opfern von Antisemitismus könnte es ähnlich ergehen. Zum aktuellen Stand der Ermittlungen erscheint die Causa Ofarim als komplett überflüssig.

Julia Neumann über die Eskalation in Beirut

Politik mit Mafiamethoden

Die Schießereien der vergangenen Tage in Beirut zeigen, dass Straflosigkeit im libanesischen System verankert ist. Die Gewalttäter müssen keine Konsequenzen fürchten. Der Staat ist nicht nur abwesend, sondern in die Geschehnisse verwickelt. Die Parteien, deren Angehörige auf Zivilist*innen schossen, sitzen mit Abgeordneten im Parlament und mit Minister*innen in der Regierung.

Der Richter Tarek Bitar ist für die Untersuchung der Explosion in Beirut verantwortlich. Als Demonstrant*innen ihn wegen Voreingenommenheit kritisierten, eröffneten Scharfschützen das Feuer auf sie.

Schnell kommen Erinnerungen an den Bürgerkrieg auf. Diesmal geht es jedoch nicht um muslimisch-christliche Auseinandersetzungen. Die Parteien, die wie Milizen agieren, möchten klar die Justiz behindern. Sie setzen auf ein perfides Ablenkungsmanöver.

Vor genau zwei Jahren machten Hunderttausende Libanes*innen klar, dass die Fraktionen leid sind, die von 1975 bis 1990 kämpften, die noch immer an der Macht sind und die das Miss-

management der politischen Elite zu verantworten haben. Doch die Parteien bleiben bis heute an ihren Sesseln kleben wie altes Kaugummi.

Sie haben das Land mithilfe eines konfessionell geprägten Systems unter sich aufgeteilt und korrumpieren das Rechtssystem. Der Mann, der an vorderster Front für Gerechtigkeit gekämpft hat, musste nach dem Schusswechsel zurücktreten: Ibrahim Hoteit hatte seinen Bruder durch die Explosion verloren und eine Allianz der Familien der Opfer gegründet, die mit vielen Protesten Druck auf die Politiker ausübten. Nun gab er mit zitternder Stimme in einem Video den Rücktritt von seinem Posten als Sprecher bekannt.

Noch Stunden zuvor hatte er sein Vertrauen in den Richter bekundet. Vermutlich wird er bedroht und muss um sein Leben fürchten. Auch für den libanesischen Publizisten und Hisbollah-Kritiker Lokman Slim gab es noch keine Gerechtigkeit. Er wurde am 4. Februar erschossen. Noch immer gibt es keine Untersuchungsergebnisse, niemand wurde zur Rechenschaft gezogen.